

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Spalte Colonelle für Arbeits-geluche 75 Pn., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltenerstraße 17. Fernruf 585. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonne-mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Anzeigen-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 2.

Duisburg, den 12. Januar 1918.

19. Jahrgang.

## Jugendarbeit.

Der alte Satz „Jugendarbeit ist Erziehungsarbeit“ ist im Grunde genommen eine Binsenwahrheit. Nur ist das eigentümliche am Menschen, daß er über eine Binsenwahrheit sich verhältnismäßig leicht wegsetzt, weil sie ihm eben nichts Neues zu sagen scheint. Und hoch liegt in dem oben angeführten Wort ein solcher Satz von Gedanken, von Notwendigkeit, von Arbeit und freudiger Mühe, der überall gehoben werden sollte. Man hat unsere Zeit das Jahrhundert des Kindes genannt, hat mit viel Liebe und nicht weniger Empfasse, mit Wichtigem und sehr viel Falschem nach einer Methode gesucht, um der Seele des Kindes und des Heranwachsenden beizukommen. So etwas läßt sich nicht erlernen. „Wenn ihr's nicht fahlet, ihr werdet's nicht erlangen“, heißt es irgendwo bei Goethe und das gilt auch hier. Nur der Vermachsen ist mit der Jugend, wer seine eigene Seele in der Seele des Jugendlichen wieder spiegeln sieht, dessen Worte graben sich in das Gemüt der Jugend ein und können hundertfältige Frucht bringen. Wer sollte diese Beziehungen leichter pflegen können, als die industrielle Arbeiterenschaft? Sie selbst ist ja noch jung und steht in beglänzendster Kraft. Um die Jugendzeit der älteren Kollegen schlingt zum großen Teil genau so der Hohlstrom wie um die heutige Jugend. Die gleichen Mühen, die gleichen Gefahren, die gleichen Kämpfe standen an ihren Wiegen. Die gleichen hohen Ziele sind noch zu erringen. Was das Herz eines jugendlichen Fabrikarbeiters von damals durchdrang, erfreute oder qualte, das durchdringt auch heute das Herz eines Jugendlichen. Diese innige Seelenverwandtschaft läßt gerade die Arbeiterenschaft in ihren berufenen Vertretern den Gewerkschaften, als diejenigen erscheinen, die sich mit dauerndem Erfolg der Jugendarbeit annehmen können und sollen.

Die Jugendarbeit, die die Gewerkschaften leisten, teilt sich nach zwei Gesichtspunkten: in die erzieherische Arbeit im Interesse der Organisation und in die des Gesamtstandes. Der erste Gesichtspunkt ist enger gefaßt, aber tiefer gehend, während der zweite einen breiteren Raum einnimmt. Jede lebensfähige und wirkende Gemeinschaft sucht die Zukunft für sich zu sichern und je mehr tätige Kräfte dafür losgelöst werden, um so stolzer wird sich die Zukunft gestalten. Die Gewerkschaften sind nicht ein Gebilde, das nur heute wirkt, sondern das in der Zukunft noch viel größere Aufgaben zu erfüllen hat und das um so mehr, je größer die Ziele der Organisationen im sozialen Leben Deutschlands werden. Dazu bedarf es jeder Kraft und jedes Arbeiters. Die Jugend, die jetzt noch sozusagen auf den Flügeln marschiert, während die Alten in der Mitte den Sturmtrupp abgeben, werden einst an die Stelle der Alten rücken und ihre wichtigen Positionen einnehmen. Sie müssen also kampfgestählt sein. Da ist ein Moment zu berücksichtigen. Unsere Alten waren zum bedeutenden Teil geistlich worden durch ihre eigene Arbeit. Sie mußten sich erst den Verband in den Betrieben schaffen, sie mußten unter größten Schwierigkeiten das Samenorn in die Erde legen, in eigener Arbeit sie christliche Gewerkschaftler und christlich organisierte Metallarbeiter geworden. Anders bei den Jugendlichen. Sie treten ein Erbe an, stehen in Ausnützung und kennen die überwältigende Größe der Anfangsarbeit nur aus Schrift und Erzählung. Wenn auch der Kampf ums Dasein der gleiche geblieben ist, die Umstände sind wesentlich anders geworden. Aus dem Grunde nun ist es besonders notwendig, ein Hauptgewicht auf die geistliche Erziehung des jungen christlichen Gewerkschaftlers zu legen und ihn durch Belehrung und Ueberzeugung dahin zu bringen, wohin den älteren Kollegen der Kampf drängt. Wir bedürfen für die Zukunft ganzer überzeugungstreuer Gewerkschaftler, die nicht durch äußeren Zwang, sondern auch durch innere Ueberzeugung zu den christlichen Organisationen stehen. Auf die Charakterbildung der Jugend haben die ältern Kollegen den größten Einfluß, aber auch die größte Verantwortung. Dem Elternhaus entzogen, steht der Jugendliche in der Fabrik. Die Erziehungsarbeit ist aus der Hand der Eltern in die des älteren Kollegen übergegangen. Dessen sollte er sich bewußt sein. Wie wir den Charakter des Jugendlichen bilden, so wird er sich später wieder bemerkbar machen. Mancher wäre vielleicht jetzt noch bei uns tätiges Mitglied, wenn die älteren das notwendige Maß von Einwirkung und Erziehung angewandt hätten. Jede Unterlassung rächt sich. Damit jedoch allein ist es noch nicht getan. Dazu muß die geistliche Arbeit treten, die Seele und Hirn des Jugendlichen erfasst, ihn mit den Grundfragen des Verbandes vertraut macht, mit den Zielen der Organisation, die ihn einführt in praktische Verbandstätigkeit. Das Maß der gewerkschaftlichen Bildung und Tüchtigkeit wird die Grundlage seiner Gesamtstandesarbeit sein. Nur der wird als Arbeiter die Ziele der großen Arbeiterbewegung erfolgreich und unermüdet betreiben, der in der Gewerkschaftsbewegung und in ihrem Geiste verankert ist. Wir sagten schon oben, daß das Gebiet der Gewerkschaften räumlich begrenzt sei. Es wird deshalb auch von Jugendlichen im allgemeinen leichter zu übersehen und zu bearbeiten sein als das große Gebiet, auf dem die Arbeiterbewegung als solche schaffet. Aus dem Grunde dürfte die gewerkschaftliche Bildung der allgemeinen Staatsbürgerlichen voranzugehen haben. Damit soll nun nicht gesagt

sein, daß der Jugendliche sofort in alle schwierigen gewerkschaftlichen Begriffe eingeweiht werden muß. Auch hier wird sich der Jugendleiter der geistigen Verfassung seiner Jugendlichen anbequemen müssen. Aber das versteht sich von selbst.

Das gegebene Mittel zur geistigen Schulung ist der Unterrichtskursus, der nun freilich nach Städten und Sektoren, bald auf diese, bald auf jene Weise angefaßt, bald vom Verbands allein, bald in Gemeinschaft mit den konfessionellen Jugendvereinen durchgeführt wird. Das letztere ist vor allem sehr zu begrüßen.

In Westdeutschland besonders sind jetzt die Unterrichtskurse unter den Jugendlichen sehr rege und sie haben bis jetzt schon manchen beachtenswerten Erfolg aufzuweisen.

Wir hier, in Groß-Duisburg, einem Gebiet, in dem rund 2000 jugendliche Metallarbeiter in unserem Verbandsorganisiert sind, verlegten den Schwerpunkt unserer Unterrichtskurse zunächst auf gewerkschaftliche Fragen. In dem äußeren Zustandekommen der Unterrichtskurse wurde den Jugendlichen möglichst freie Hand gelassen. Unter Leitung des Kollegen Mehr und des Schriftleiters Kollegen Wieber, die die Kurse in Duisburg in die Hand genommen haben, beriefen die jugendlichen Sektionsführer den Jugendauschuss und sonstige tätige jugendliche Kollegen zu einer Beratung nach Duisburg, an der ungefähr 50 Jugendliche teilnahmen. In eingehender Diskussion wurde über die Einrichtung der Unterrichtskurse gesprochen und vier größere Gruppen gebildet, in denen Unterrichtskurse abgehalten werden. 1. Duisburg-Stadt, Hochfeld, Wanheim, Wanheimerort; 2. Duisburg-Laar, Beck, Ruhrort; 3. Duisburg-Neudorf und Dülfern; 4. Sterkrade, Dinslaken. Geplant sind sie noch ferner für Oberhausen, Osterfeld und Hüttingen-Ehingen.

Die Gruppenleiter haben Fühlung mit den Sektionsleitern zu halten und für pünktliche Benachrichtigung zu sorgen. Dadurch wird ein inniger Zusammenhang erzielt, der sich wohlwollend bemerkbar macht. Der Unterrichtskursus umschließt sechs Vorträge, von denen in der Woche einer gehalten wird. Die Thematika sind so gewählt, daß sie über das gewerkschaftliche Gebiet orientieren können. Sie nehmen besondere Rücksicht auch auf das, was den Jugendlichen sehr zusagt, nämlich auf Geschichte. Sie behandeln folgende Stoffe:

1. Die Entwicklung der Volkswirtschaft im allgemeinen unter besonderer Berücksichtigung des Kunstwesens und der Gesellenverbände.
2. Industrie und Arbeiterschaft in den letzten hundert Jahren. Metall- und Hüttenindustrie im besonderen.
3. Die Arbeiterorganisationen. Ihre Geschichte und Aufgaben.
4. Warum christliche Gewerkschaften? Ziele, Kämpfe, Bestrebungen.
5. Unser christlicher Metallarbeiterverband.
6. Die Aufgaben der Jugendlichen in unserem Verband.

Größer glaubten wir das Gebiet nicht umgrenzen zu sollen soweit es alle Jugendlichen angeht. — Für die Spezialkurse, an denen vor allem die Gruppen-, Sektionsleiter und sonstige strebsame jugendliche Kollegen teilnehmen sollen, ist ein umfangreicheres Gebiet in Aussicht genommen. — Daneben werden nach Möglichkeit einmal im Monat in einer Gruppe entweder ein Experimentalkursus gehalten, an denen naturgemäß die Jugendlichen ein sehr großes Interesse zeigen oder ein Vortrag über Werdegänge und Geschichte verschiedener Industriezweige, bedeutender industrieller Führer, Erfinder usw. Die bedeutenden Männer aus dem Volke werden auch nicht vergessen.

Vor allem gilt es, die jugendlichen Kollegen mit gutem und bildenden Lesestoff zu versehen. Da soll man nicht zu zimperlich sein, und lieber ein paar Pfennige mehr anlegen als zu wenig. Der Vorkurs der Jugendlichen ist schier unerschöpflich und da haben wir es in der Hand, den Geist auf gute Bahnen zu halten. Fachliteratur bildet den Untergrund unserer Duisburger Jugend-Bibliothek, die sich immerhin schon sehen lassen kann, und Fachliteratur wird ausnehmend viel verlangt. Daneben stehen selbstverständlich mit guter Auswahl — auch Erziehungsanschauer, die ins Technische hineinspielen, wie die Werke von Cohn, Kulturgeschichtliche Erzählungen, Kleine volkswirtschaftliche Bücher usw. Jede Gruppe hat ihren befördernden Führerwart, der Sonntags die Bücher verteilt. Sind die Bücher einer Gruppe durchgelesen, werden sie mit einer andern getauscht. Ergänzungen sorgen dafür, daß man nicht „auf Trockne kommt“.

Das alles erfordert naturgemäß einen größeren Apparat. Die Jugendlichen leisten aber diese Arbeit mit einem Eifer und einer Pflichttreue, der zeigt, daß die gewerkschaftliche Schulung ihr Bestes tut.

An der Jugend müssen wir arbeiten und jede Verwaltungsstelle muß ihr Teil daran tun. Dann wird es schon gehen. Das Ziel ist groß und aller unserer Kräfte wert.

## Macht oder Recht.

Es ist eine wiederkehrende Erscheinung der Geschichte, daß in Zeiten wirtschaftlicher, industrieller oder nationaler Hochspannung der Begriff der Macht eindeutig nach der Seite der Stärke hin festgelegt wird, ohne auf andere Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen, die im Rahmen des Staats- oder Wirtschaftslebens sich zeigen. Der Begriff des Rechtes verschwindet aus dem Wortschätze oder aber es wird erklärt, daß Macht zugleich Recht sei. Es hätte nicht erst Meißners Worte vom Willen zur Macht bedurft, um zu erkennen, daß bedeutende Stände, die in unser soziales und wirtschaftliches Leben eingreifen, diese gleiche Ansicht mit einer Hartnäckigkeit und oft mit einem Haßgefühl vertreten, das nicht allein für das gute Zusammenleben der Stände, sondern auch für den Staat von den unheilvollsten Folgen sein kann.

Das deutsche Arbeitgebertum vertritt fast in seiner Gesamtheit einen Standpunkt, der, je schärfer er betrachtet wird, umso trübere Aussichten für das deutsche Wirtschaftsleben eröffnet. Der Kampf gegen die organisierte Arbeiterenschaft, der jetzt freilich unter dem Druck des Krieges noch nicht so offen hervorbrechen mag, scheint aber sozusagen unter der Decke mit aller erdenklichen Schärfe dem Unternehmertum vorbereitet zu werden. Der Gedanke ist traurig, daß, nachdem das deutsche Volk in den Schlangengraben bereit den äußeren Gegner niedergeworfen hat, nach dem Kriege sich selbst wieder zerfleischt, weil das Unternehmertum die notwendigen Forderungen der Zeit und der Arbeiterschaft nicht anerkennen, weil es vom egoistischen Machtprinzip nicht lassen will. Die organisierte Arbeiterenschaft, vor allem auch unser Metallarbeiterverband, haben stets mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die sozialen Kämpfe von größtem Schaden und Nachteil für die Stände und für das Vaterland seien und sie tun ihrerseits alles, um sie hintanzuhalten. Die Sorge um die höchstmögliche Produktivität, um die Wiederherstellung unseres Absatzes im Auslande, um den Ausgleich der wirtschaftlichen Verluste in diesem Weltkriege scheint bei vielen Arbeitgebern gar nicht so groß zu sein, als der Gedanke: wie bringen wir die Arbeiterschaft in das Abhängigkeitsverhältnis zu uns. Daß zur Erreichung dieses Zieles die Mittel nicht allzusehr gewährt werden, zeigt u. a. auch der Abgang, „aus Gesundheitsrückichten“, des Generals Groener. Dem bacillus industrialis ist schon mehr als einer erlegen, der es wagte, gegen die Meinung der Herren von Stahl und Eisen auch einmal soziale Tendenzen zu vertreten.

Waren schon die Kämpfe gegen das Hilfsdienstgesetz durch die Unternehmer voller Schärfe und Härten, so steigerte sich die Kampfhitze, als der Gedanke des Einigungsweins und der Arbeitskammern, elementar volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten aktuell wurde. In den tarifierten Gewerben scheint sich das Verständnis für geordnete Verhältnisse während des Krieges nur vertieft zu haben. Nicht diese widerstreben den sozialen Einrichtungen, sondern die alten Gegner, die zum Teil in der Großindustrie sitzen und von jeder diesen Vorschlägen feindlich gegenüber standen. Gestützt auf ihre überragende Macht, untereinander verbunden durch starke Syndikate und Kartelle haben sie sich leider zu den Gegnern des sich entwickelnden Arbeiterstandes gemacht, die nach Möglichkeit jede Bewegung nach Emporstreben unmöglich machen wollten. Wir haben zu hundertmalen betont, daß ein solcher Standpunkt letzten Endes die gesamte Industrie schädigt, deren notwendige Teile genau so gut die Unternehmer als auch die Arbeiter sind. Von welchem Geiste z. B. der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller befeelt ist, zeigt eine Eingabe, die dieser im August 1917 an den damaligen Reichskanzler richtete, die die „Soziale Praxis“ in ihrer Nr. 19 vom Dezember 1917 erwähnt.

Der Verein, dessen Geschäftsführer Dr. Reichert ganz im Geiste dieser Eingabe auch am 8. Dezember in einer Berliner Mitgliederversammlung, unbeschadet der Meißnergewinne der deutschen Eisenindustrie im Kriege, gegen die hohen Löhne, gegen das Hilfsdienstgesetz, gegen die Arbeitskammern und gegen den Reichstag Stellung genommen hat, bekennet sich in seiner ausführlichen, mit zahlreichen, großlich tendenziös zusammengestellten und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten bewegten Eingabe zu einer scharfen Gegnerenschaft gegen die „zwangsweise Uebertragung der Arbeiter- und Angestellenausgänge, sowie der Schlichtungsstellen auf die Friedenswirtschaft“. Die Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes hätten sich nicht einmal im Kriege bewährt; sie behinderten daher erst recht eine günstige industrielle Entwicklung in Uebergangs- und Friedenswirtschaft. „Denjenigen Unternehmern, welche Arbeiterausgänge und Schlichtungsstellen neben den ordentlichen Ausschüssen für zweckmäßig halten, steht es frei, diese Maßnahmen zu treffen. Wer aber ohne derartige Ausschüsse mit seinen Arbeitern auszukommen glaubt, soll in seinen Maßnahmen nicht gestört werden.“

Wie sich schon hier der alte individualisierende Herrenstandpunkt zeigt, der die Fragen der Industrieverfassung als Privatangelegenheit des Arbeitgebers wertet, in die der Staat, um dessen Interesse es sich doch schließlich auch handelt, nicht zu mischen hat, so entwidet die Eingabe auch



Über die künftige Arbeitspolitik im allgemeinen Ansichten, die in der Arbeiterklasse wohl als neuer Beweis angesehen werden dürfen, daß die Schwerindustrie im Kriege auf sozialen Gebieten nichts gelernt und nichts vergessen hat. Die Regierung, heißt es da, müsse ihre Selbständigkeit gegenüber den Einflüssen der Gewerkschaften wiedergewinnen; sie brauche sich der Unterstützung der letzteren nicht zu entsagen, aber diese müßten sich der Staatsgewalt unterordnen, statt sie an sich zu reizen. Auch müsse der „sozialistische“ Bewegung gegenüber volle Unparteilichkeit abwalten. Ein weiteres Nachgeben gegenüber den Gewerkschaften und eine „Nachahmung der ungeheuerlichen englischen Sozialpolitik“, die zum Zurückbleiben der britischen Wirtschaft und somit zum Kriege geführt habe, werde zum industriellen Stillstand, nicht zum sozialen Frieden führen. Darüber hätten auch keine Tarifverträge hinweggedrückt werden und in der Großindustrie und dem Bergbau völlig unmöglich sein. Die beste Sozialpolitik sei eine solche, die volle Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte, gute Löhne und Versorgung mit Lebensmitteln ermögliche. „Dazu gehört“, fährt die Eingabe mit mehr als logischer Richtigkeit fort, „die Verhütung jeder unnötigen Agitation und Aufregung der Arbeiterklasse und die Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbefehle als der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer.“

Wie sich die Eisenindustriellen dieses Programm in die Wirklichkeit übersetzt denken, dafür gibt die Denkschrift an mehreren Stellen Anhaltspunkte. Während sie die militärische Zwangsverwaltung von Betrieben verurteilt, weil diese an die Forderung hohe Anforderungen stelle und bedeutende Nebenwirkungen habe, wird auf Seite 6 der Eingabe klipp und klar darauf hingewiesen, daß man die Sicherstellung der Heeresversorgung besser mit dem Gesetz über den Belagerungszustand als mit dem Pfusdienstgesetz erreichen könne. Wenn Worte einen Sinn haben, so heißt das — und kann nach dem ganzen Zusammenhang nichts anderes heißen als dies —, daß die Schwerindustrie am liebsten die Staatierung der vollkommenen Zwangsarbeit unter Militärverwaltung gesehen hätte, wobei sie sich die Arbeitskräfte gern hätte zuwenden lassen, auf die volle Militarisierung der Betriebe aber aus dem ihr eigenen trefflicheren Machtinstinkt lieber verzichtet hätte. Daß bis in die letzte Zeit hinein manche Kreise den ganzen Pfusdienst am liebsten durch Zwangsarbeit auf der Grundlage des Belagerungszustandes und einer Erhöhung des wehrpflichtigen Alters erreicht gesehen hätten, haben wir schon früher hervorgehoben.

Die Schwerindustriellen Herren glauben eben, sie können immer alles mit dem Zwang machen. Darum spricht die Eingabe auch verschiedentlich von der Notwendigkeit einer „selbstbewußten und willensstarken Politik“ und „deutscher Auffassungen, frei von Geisteskrankheiten“, von der Fehlerhaftigkeit von „Gebuld, Abwarten, Zugeständnissen gegenüber den Kleinfürsinnigen“ und erregt, „solange der Feind draußen tobt, im Innern durch Strenge Ruhe und Ordnung zu sichern. Als recht brauchbar erscheint den Geschicklichen ein vollständiges Versammlungsverbot ohne jeden Unterschied, wie es zur Zeit der Eingabe (August 1917) vom Stellvertretenden Generalkommando Stettin er-

## Des Volkes Werktag.

Hans Beißhelm.

Das ist unser Werktag, der grau das verholzte Land überkriecht,  
Wo unerer Kindheit Wiese und Blume und Wald hinfleht,  
Und wo verlaubt der Frühling wie ein bärerer Jungfernkranz,  
Milde und froh sich brüstet in westem Glanz.

Das ist unser Werktag, der ruhig den jungen Morgen verhängt,  
Und der mit leuchtender Hände unsere sehrende Brust umfängt,  
Wir atmen nicht saftiges Wehen und fließenden Sonnenschein,  
Wir fahren in glutlose Werke hinein.

Doch in uns schlägen Herzen ruhig jahraus und jahrein,  
Wie über uns selbst zur Saat in die uralte Erde hinein.  
Wir tragen drückende Last und Sterben und Winternot:  
Ein gelber Menschenfähring soll kelmen aus unserem Tod.

lassen war: „Ein solches Versammlungsverbot faßt die verderbliche Agitation an der Wurzel.“

Es gehören schon wahrlich ruhige Nerven dazu, um alle die Unterstellungen und Verdächtigungen durchzusehen, die vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gegen die Gewerkschaften geschleudert werden.

Diese Eingabe an den Reichskanzler war nur der Auftakt zu einer Flut von Schreien und Wehen, die gegen die nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse ergingen und die in manchen Ständen einen Widerhall fanden, der nur aus dem Gefühl des Hasses gegen die Gewerkschaften erklärlich scheint. Ein Kampfprogramm gefährlicher Art ist auch die Rede Dr. Länglers auf der Geschäftsleiterkonferenz der Vereine der Deutschen Arbeitgeberverbände, die um so vergiftender wirkt, je mehr in ihr das Bewußtsein obwacht, den Kampf gegen die Gewerkschaften mit dem demagogischen Mantel zu bekleiden. Gegen die Schöpfungsausschüsse, Schlichtungskomitees, Arbeiterausschüsse, besonders auch gegen die hohen Löhne wird scharf Sturm gefahren und die Arbeitgeberchaft energisch aufgefordert, „noch größere Opfer zur Vertretung ihrer gemeinsamen Sache zu bringen, auch werden die Wehrmittel noch ausgebaut und vervollkommen werden müssen. Streikfonds und Streikversicherung gewinnen größere Bedeutung als bisher. Auch der Zusammenhang mit der Presse ist mehr als bisher zu pflegen, die eigenen Publikationsorgane sind auszugestatten und zu verbessern.“ Das nennen die Unternehmer „Vorbereitung für die Krisenbewirtschaftung“. Die Arbeiterklasse sieht, was es ist. Sie will keine Zeit mehr verlieren, aus diesem Vorgehen der Arbeitgeberverbände ihre Konsequenzen zu ziehen, ehe es zu spät ist.

Der soziale Kampf wird der Arbeiterklasse von den Unternehmern aufgezwungen. Sorgen wir, daß wir dem Ansturm Widerstand leisten können durch Stärkung des Verbandes.

Die „Griechenarbeit“ selbst stellen sich die Unternehmer nach der Rede Dr. Länglers merkwürdig vor; das wichtigste ist, „den sozialen Heberforderungen entgegenzutreten“. Bei den geringen Wünschen der Arbeiterklasse und den oft noch geringeren Zugeständnissen auf sozialpolitischem Gebiet von „Heberforderung“ zu sprechen, dazu gehört schon eine Schamlosigkeit. Wenn wir in Deutschland auch hinsichtlich der Sozialpolitik weiter sind wie andere Länder, die wenig oder garnichts nach der Seite hin tun, so ist doch lange noch nicht genug gechehen, um die Volkskraft dauernd hochzuhalten. Gegen diese trübten Maschinenfabriken der meisten Industriellen, besonders in der Großindustrie hat Gg. Schwander auf dem 4. deutschen Arbeiterkongress die volle Zustimmung gegeben, daß auf dem Wege der Sozialpolitik nicht Halt gemacht würde. Aber wir würden das bekannte gute Herz des Unternehmertums doch etwas schlecht einschätzen, wollten wir nicht auch die „innige Fürsorge“ für die Arbeiterklasse mitteilen, von der Dr. Länglers Rede an einer Stelle „durchglüht“ ist. Er sagt: „Der Arbeitgeber wird eine wirkliche Sozialpolitik nicht eine solche, die lediglich agitatrische oder politische Zwecke verfolgt, gern unterstützen, ... er wird nicht nur für das Einkommen sorgen, sondern auch dem Aufkommen des Arbeiters, d. h., der richtigen Verwendung des Lohnes seine Aufmerksamkeit widmen müssen, er wird die Sparsamkeit fördern, Wohnunsmöglichkeiten ausgleichen usw.“ All dieses „Schöne und Gute“ wird, so heißt es, gefördert, „durch Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu Wohlfahrtsvereinen“ (auch Wirtschaftsfriedliche oder Genossenschaften). Es versteht sich am Parade, wie durch die Wirtschaftsfriedlichen die „Sparsamkeit gefördert und Lohnunfunktions angegliedert“ werden. Der geringe Lohn, der auf Werken mit gelben Betrieben verdient wird, fördert in naturgemäß auf die einfache Art und Weise die Sparsamkeit; und Wohnunsmöglichkeiten werden dadurch schnellstens angegliedert, daß die Arbeiter, die mehr verdienen möchten, den Weg durch den Postier nehmen können, wie es auf manchen Werken früher mit organisierten Kollegen geschahen ist. So steht in Wahrheit die gepriesene „wirkliche Sozialpolitik“ des Herrn Dr. Längler aus.

Dieses ganze Kampfprogramm ist nichts anderes als eine Machtäußerung, in der von rechtmäßigem Empfinden und Verstand kaum etwas zu finden ist. Daß man damit keine echte nationale Arbeit leisten kann, abgesehen ein Wort, das gerade von diesen Herren stets im Munde geflüstert wird, ist selbstverständlich.

Gegen die wilde Entfesselung der inneren Kämpfe, die vom Gros des Unternehmertums angeführt wird, wenden sich einseitige Kreise im industriellen Lager, die freilich selber noch in der Minderheit sind. In der Sitzung des baharischen Industriellenverbandes sprach Symbolus Dr. Kublo folgende bemerkenswerten Sätze: „Eine der schönsten Folgen des Krieges würde es sein, wenn auch die bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. In diesem Zweck wird es notwendig sein, daß der Unternehmer den Lebensinteressen des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmers-

## Die Stunde.

Eine Ueberschrift zu wählen, ist oft keine Kleinigkeit. Saufend Möglichkeiten und Beziehungen schwirren dem Autor durch den Kopf und wenn er die Feder ansetzen will, um endlich einen Gedanken, in ein paar Worten als „Ueberschrift“ zusammengepreßt, zu notieren, kommt irgendwo schon wieder ein Zweifel auf, der aber auch nichts Besseres bringt. Bis der Schreiber ungeduldig die Feder ergreift und sagt: „Jetzt habe ich es fass.“

Was uns „die Stunde“ sein will? Eine regelmäßige Folge von Gedanken aus den Stunden geboren, die sich im Kreislauf des wirtschaftlichen, sozialen und bürgerlichen Jahreslaufes vollziehen. Eine Wegleitung über das gelbte Leben in uns Arbeitern, über die vielen dunklen Unterströmungen, die mächtig in uns wirken und die uns nicht mögen. Manches erkand aus ihnen zur Sonne und rief uns aufwärts, vieles leidet unter der Erde, vieles schläft noch. Zum Nachdenken anregen, anspornen, zur Wachheit bringen, das will „die Stunde“. Sie hat nur einen Zweck, aus der Arbeiterklasse für die Arbeiter-

Die Geschichte eines Volkes ist die Geschichte seiner Kämpfe. Wir waren es freilich aus anderen Geschichtsbüchern her gewohnt, zur Volksgeschichte meißens die äußeren Kämpfe allein zu zählen. Wir lasen und hörten vom alten deutschen Kaiser Karls des Großen, der die Sachsen, die Alwaren im heutigen Rußland, die Wenden und die Dänen unterwarf, wir hörten von den Hohenstaunen und ihren gewaltigen Kämpfen um die Weltmacht, aber wir hörten sehr wenig von den inneren Kämpfen. Und doch bestimmt die innere Linie die Größe oder die Kleinheit eines Volkes, bestimmt der innere Kampf Leben oder Tod der Nation. Damit soll nicht gesagt sein, als ob nur vollständige Ruhe und Einheit einen Staat führen könnten. Genau wie im Privatleben die Konkurrenz alle Kräfte herausfordert und damit der Entwicklung schließt, so ist auch der fröhe Wettbewerb der Stände untereinander, die wirtschaftlichen Reibungen, die dadurch erzeugt werden, notwendig, um die Säfte des Gemeinwesens lebendig und klar zu erhalten. Jede Nation durchlebt nun aber auch Tage, in denen die Stände in einem solchen scharfen Gegensatz stehen, daß die inneren sozialen Kräfte dadurch arg behindert werden. Das ist vor allen Dingen dann der Fall, wenn eine Vagabundierung der Stände vor sich geht, sei es nun, daß ein Stand sich infolge seiner recht gelagerten wirtschaftlichen Macht einen bedeutenden Platz im Staatsleben erkämpft oder daß ein neuer Stand infolge wirtschaftlicher Veränderungen geboren wird, der keiner anderen sein eigen nennt, als sein Leben. Ein solcher Stand steht sich einer Abhängigkeit von alten, durch Jahrhunderte mit Rechten und Vorzügen bedachten Ständen gegenüber, die ihn hartnäckig bekämpfen.

Solche Zeiten beweisen wieder die Wichtigkeit der

heit nichts aus ihr ferne. Das alte Athen, das alte Rom machten diese Katastrophen durch. Im alten Rom wendete sogar der nach Recht ringende Stand, die Plebs, aus der Stadt aus, weil die alten Patriziergeschlechter rücksichtslos sich gegen jede staatsbürgerliche Gleichberechtigung aussprachen. Rom drohte infolge der Ausartung seiner Vornehmen zu zerfallen und nur dem verzehrenden Einfließen einiger geachteter Männer gelang es, das Unheil abzuwenden. Das Volk erzwang sich den Zutritt zu den Ehrenämtern und Ämternstellen nur unter den schwersten Kämpfen und es dauerte lange, bis unter den Adlern Roms die Worte prangten: Senatus populusque Romanus. Der Senat und das römische Volk. Das Mittelalter sah den gleichen Kampf zwischen den Städten zwischen dem Adel und dem Bürgerium. Das in den Rufen verkörpert war. Dann wieder im Kampf des Großadels gegen das aufblühende Bürgertum überhaupt. Wenn wir die Geschichte des Mittelalters, besonders Deutschlands verfolgen, so sehen wir den einen bitteren Zug: Deutschland wurde ohnmächtig, nicht weil es vielleicht arm gewesen wäre, oder keinen Handel gehabt, kein Handwerk beflissen hätte — alles das war vorhanden — sondern weil es sich selbst zerstückte, weil die herrschenden Klassen die Früchte der Zeit nicht verstanden. Wäre z. B. dem Klein-Bauernstand, statt ihn immer tiefer in die Leibeigenenschaft zu ziehen, ein geordnetes Recht gegeben worden, wie es damals oft von einflussreichen Männern vorgeschlagen wurde, wir hätten nicht durch fast 30 Jahre hindurch von 1430—1525 die blutigen Bauernkriege in Deutschland gehabt, die ganze bürgerliche Stände Landes verheerten, in denen Städte und Dörfer in Flammen aufgingen, Tausende hingerichtet und die Fäden des größten sozialen Kampfes entzweielt wurde. Man rede auch damals viel von den Pflichten der Unteren, nur von den Rechten redete man nicht viel. Man sieht in diesen Kämpfen nur zuviel das Gräßliche, das Gräueltätige; aber das Schande, Tyrannische, was dazu brachte, darüber geht man oft mit leichtem Sprunge hinweg. Jede Zeit ist explosiv veranlagt, was keine Kultur und keine Zivilisation zähmt das Tier, das in jedem Menschen liegt.

In den Zeiten gewaltiger Ständekämpfe wird das Wort „Verfasslichkeit“, „Jubiläum“, „Zeit des Großartigen“ wieder einmal aus der Schublade gezogen und zwar wird es am meisten von denen ins Feld geführt, die sich in ihrer Macht nach irgend einer Seite hin behaupten sehen. Wir wissen ja in unserer Zeit die gleichen Erfahrungen. Doch jetzt wurden zwei Dächer geschrieben über den Wert der Persönlichkeit, wie heute. In jeder Verhandlung findet man sie. Die Zeitungen stehen voll davon. Nicht, als ob wir einen derartigen Ueberfluß an Persönlichkeit hätten. Die Geschichte des Mittelalters, 1100—1300, die auf geistigen, kulturellen, wissenschaftlichen Gebieten folgende Namen aufwies, verlor über diesen Begriff kein Wort, er war ihr zu selbstverständlich. Diese Literatur wird nur dann gemacht, wenn mit Gewalt Unterdrückung in der Persönlichkeit bezwungen werden müssen, die in Freiheit gar nicht vorhanden sind. Wir kennen nicht den bürgerlichen Materialismus der Stände, den hat es gegeben und den wird es geben. Eine Abwehrung oder

Uniformierung würde unabsehbare Folgen haben. Aber darum handelt es sich auch gar nicht.

Es handelt sich in dem ganzen Kampf nur um Anerkennung der Gleichberechtigung eines anderen Standes. Um diesen Kampf zu gewinnen, werden nun alle Hilfsmittel aufgeboden, die zur Verfügung stehen. In solchen Zeiten erheben wieder die Schlagworte vom „Übermenschen“, oder auch vom Menschheitsdämon, die man auf den Gegner, den neuen Stand, zur Anwendung zu bringen sucht.

Das Weltgeschick ist nach ewigen Gesetzen geleitet. Das Geborenwerden eines Standes ist nicht das Werk eines Jahrhunderts oder gar einzelner Männer, es vollzieht sich mit der Genauigkeit von Naturgesetzen. Seit dem Tage, wo im Hirne des Armenischen der Gedanke sich löste, mit Hilfe des Feuers aus Erden neue Stoffe zu gewinnen, bis zum Emporkommen des industriellen Arbeiterstandes, ist nur eine einzige Kette. Die Glieder scheitern zwar hier und da unterbrochen durch die Ungunst sozialer oder wirtschaftlicher Verhältnisse, sie scheitern auf andere Bahnen gelenkt, aber in Unterströmungen ziehen sie sich fort und brechen eines Tages wieder an das Licht. Dieser Zusammenhang, diese Verkettung verdrängt sich nun in einem bestimmten Zeitraum zu einem farbigen Ganzen, dem Hunderttausend und Millionen Glieder angehören oder zufließen. Dann tritt der neue Stand in die Welt und in das Staatsleben.

Diese Zusammenführung vollzieht sich nur unter dem Gebot unabwiesbarer Notwendigkeit, die für Welt und Staat neue Bahnen und neue Ziele bedeutet und gibt, wie es beim industriellen Arbeiterstand geschehen ist. Man hätte glauben sollen, die übrigen Volkskräfte würden mit Spannung und Erwartung diesen Akt verfolgt haben, um sich mit der Notwendigkeit des neuen Standes zu verknüpfen und neue Nahrung und frisches Blut durch gemeinsames Schaffen für den gesamten Volksorganismus zu schöpfen. Statt dessen macht sich eine fatalistische Kurzschichtigkeit bemerkbar. Es scheint denn doch nicht, zu glauben, daß der Ständeholz härter sei, als die Notwendigkeit der Geschichte und des Wirtschaftslebens. Es ist immer noch für Volk und Welt besser gewesen, die latenten Kräfte eines emporkommenden Standes in weicher Vorbeuge für das Staatsganze zu binden, als sich ihnen entgegenzusetzen. Die Dämme sind doch oft nicht so hart, als es vielleicht den Anschein hat.

Friedrich Wilhelm Weber, der Dichter von „Dreizehnhundert“, redet einmal von „dem angetriebenen Auge“, das ruckwärts blinkend vorwärts schauen könne. Das ist vielleicht dem Idealmenschen möglich, die „Persönlichkeiten“ von heute sind zum weitaus größten Teil nicht in der Lage dazu. Die Geschichte ist für sie oft nur ein Compendium von zehn Bänden mit Illustrationen. Sie ist für sie weiter Stoff, während sie lebendig in jedem wirken sollte. Wir Arbeiter, die wir in die Zukunft schauen, mögen den Rufschlag des Bergangenen mächtig in uns fühlen und ihn in uns nachwirken lassen. Vor allem den Gedanken an die Notwendigkeit unseres Seins und die daraus folgenden Konsequenzen der Gleichberechtigung. In diesem Ziele führt nur der Weg durch die Einigkeit in der Organisation.



aus richtig würdigen lernt, daß er allmählich erkennt, daß seine Interessen mit denen des Unternehmers völlig solidarisch sind. Eine blühende Industrie ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter diese Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegensätze auszugleichen."

So begründbar die Ausführungen Dr. Ruflos sind, so muß doch betont werden, daß die Ursache der Nichtverständigung nicht bei den Arbeitern, sondern vielmehr beim Unternehmertum selbst und vor allem bei der Großindustrie liegt, die jeder Verständigung noch abhold sind. Die Gewerkschaften haben sich ernsthaft stets bemüht, eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeizuführen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, der auch wir christliche Gewerkschaften angehören, hat ausdrücklich in ihr Programm den Absatz aufgenommen: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist sich der Bedeutung der freien Unternehmerrationalität wie der Bewegungsfreiheit der Arbeiter wohl bewußt und bekräftigt das Bestreben zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiter in der Erhaltung, Erbauung und Förderung des Gewerbes.“ Das ist der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften und danach haben sie auch stets gehandelt. Taten und Worte bezeugen es. Nur in den äußersten Notfällen, herausgefordert und gezwungen vom Unternehmertum, haben sie gekämpft.

Das ist die große Klüftung in der Industrie: das Unternehmertum kämpft um die Macht, die Arbeiter um das Recht. Das Recht auf Bewegungsfreiheit, auf Einordnung in die Gesellschaft, auf Gleichberechtigung. Diese Wünsche erreichen noch nicht das Maß dessen, was der Arbeiterschaft auf Grund ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit zusteht; die deutsche Arbeiterschaft hat niemals überfordert. Aber sie wird darauf bestehen, daß ihr das Beste gegeben wird und von diesen Forderungen wird sie nicht lassen. Wenn sie nicht an der Zukunft ihres Standes zu verzweifeln werden will. Die Arbeiterschaft will und verlangt gar keine Macht über andere Stände, keine Herrschaft einzelner, wie man sie selber im Unternehmertum oft beobachtet kann, sondern eine tatsächliche, verständnisvolle Zusammenarbeit der Stände auf dem Boden des Rechtes. Nur auf diesem Boden kann wahre nationale Arbeit geleistet werden, wie sie unser Vaterland dringend nach dem Kriege bedarf. Je stärker die Gewerkschaften sind, um so eher werden ihre Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein, um so eher wird auch dem Rechte zum Siege verholfen. Daran mitzuarbeiten, ist die Aufgabe eines jeden Kollegen.

### Allgemeine Rundschau

#### Beschäftigung Heeresentlassener.

Unter dieser Überschrift schreibt die Kriegsamtstelle Münster:

Die starken Anforderungen, die der Krieg an die Industrie stellt, machten es erforderlich, für die Facharbeiter die zunächst zum Heeresdienst einberufen waren, bald wieder zurückzugeben. Es ist anzunehmen, daß heute fast jedes für die Kriegswirtschaft in Anspruch genommene Werk über seinen alten Stamm an Qualitätsarbeitern wieder verfügt. Wenn trotzdem gegenwärtig die Nachfrage nach Arbeitern noch eine sehr große ist, so findet das seine Erklärung darin, daß einmal die Fabriken vielfach über ihren früheren Umfang hinaus beschäftigt sind, andererseits die Heereserfahrung ein allmähliches Herausziehen der kriegsverwendungs-fähigen Arbeiter erforderlich macht. Um so unverständlicher ist es, daß eine Anzahl großer und größter Werke mit den Arbeitskräften eine Verschwendung treibt, die im Interesse des Heereserfolges unbedingt vermeiden werden muß. So werden wiederholt Arbeiter, die von den Arbeiterannahmestellen der Werke für einen Selbstbetrieb angenommen werden, wieder entlassen, weil sie sich den Anforderungen der Arbeit, für die man sie annahm, nicht gewachsen zeigen. Anstatt nun innerhalb des Werkes eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit oder eine Umstellung zu erwägen, kündigen die Werke derartigen Arbeitskräften. Es liegt hier zweifellos ein bedauerlicher Mangel in der Organisation vor. Der Werkleiter selbst zum Schaden gereicht, weil ihnen auf diese Weise manche brauchbare, wenn auch an anderer Stelle verwendbare Arbeitskraft verloren geht, auch mit Rücksicht darauf, daß die Industrie immer mehr zur Herausgabe der jungen w. Arbeiter gezwungen wird.

Ein berechtigtes Absehen von Arbeitskräften wirkt aber besonders verhängnisvoll und beunruhigend, wenn es sich bei den Zurückgewiesenen um einen Kriegsteilnehmer oder kriegsbeschädigten handelt, die sich meist bei ihrer alten Betriebsabteilung gemeldet haben und nun häufig die Befreiung machen müssen, daß sie infolge der entgegengesetzten Strapazen usw. den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind, andere zuträglichere Arbeit zu suchen.

Die militärischen Stellen, denen nicht allein die Sorge um die Leistungsfähigkeit der kriegswirtschaftlichen Betriebe, sondern auch die Verantwortung obliegt, für eine ökonomische, die Heeresinteressen fördernde Ausnutzung der Arbeitskräfte, sowie die Pflicht, für Arbeitslosigkeit unter jenen aus dem Kriege vorzeitig entlassenen Arbeiter zu sorgen, können folgendem Verfahren nicht teilnahmslos zusehen.

Auf Anregung der Kriegsamtstelle Münster hat daher das kgl. Generalkommando 7. Armeekorps veranlaßt, daß die Bezirkskommandos und die auf den größeren Werken eingerichteten militärischen Kontrollstellen alle jene Fälle aufklären und zur Sprache bringen, wo ein zur Arbeit überwiegender oder in Zugang gekommener Wehrpflichtiger insbesondere ehemaliger Werksangehöriger aus nicht rechtfertigbaren Gründen abgewiesen oder nach einigen Tagen wieder entlassen wird, ohne daß die Möglichkeit geprüft wurde, ob der Betreffende nicht an anderer Stelle im Werk seinen Platz ausfüllen könnte.

Den Firmen wird es um so leichter sein, diese Angelegenheit zur allseitigen Zufriedenheit zu lösen, wenn sie eine Zentrale einrichten, die den Ausgleich und die Umstellung der Arbeitskräfte innerhalb des Werkes vornimmt.

Die Zustände, die hier von der Kriegsamtstelle Münster scharf unter die Lupe genommen werden, haben auch die Organisationen bekümmert. Es ist nur zu begrüßen, daß das stellvertretende 7. A. K., das für das Rhein-Ruhrgebiet in Frage kommt, energisch nach dem Rechte steht.



#### Das Eisene Kreuz I. Klasse erhielten die Kollegen:

Peter Mertens, Machen  
Bischofswibel Johann Gonska, Gelsenkirchen  
Unteroffiz. Josef Rauberer, Schwab. Gmünd

#### Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten die Kollegen:

Heinrich Neuland, Machen  
Mathias Reib, Umberg  
Hans Krüllinger, Umberg-Wackersdorf  
gleichzeitig das Verdienstkreuz 3. Klasse  
August Sella, Miesfeld  
Oskar Garmahn, Chemnitz

Inhaber der Friedrich-Alexander-Medaille.

Karl Schneider, Köln-Ehrenfeld  
Theodor Schneider, Köln-Ehrenfeld  
Hermann Kumbach, Köln-Ehrenfeld  
Wilhelm Weyer, Köln-Ralk  
Peter Efers, Grefeld  
Heinrich Erkens, Grefeld  
Jakob Klünder, Grefeld  
Fritz Müller, Grefeld  
Chr. Bokum, Grefeld  
Josef Barameier, Essen  
Hubert Tropp, Essen  
Peter Silbernagel, Essen  
Johann Hammer, Essen  
Karl Fricke, Essen  
Heinrich Altkes, Essen  
Johann Albert, Essen  
Hubert Schöder, Essen  
Lorena Schulte, Essen  
Geit. Braun, Essen  
Kleins van den Berg, Essen  
Alfred Bock, Essen  
August Beck, Kimentrop  
Karl Rademacher, Gelsenkirchen  
Johann Köhler, Schwab. Gmünd  
Heinrich Groos, Sattlingen-Ruhr  
Hubert Mertens, Verlohn  
Karl Burgardt, Simonsadt  
Joh. Kelling, Simonsadt  
Emil Weyer, Hertenahl  
Josef Hill, Obereschlößel  
Josef Elms, Oberhausen.  
Franz Schröder, Olpe  
Emil Großmüller, Pforzheim,  
Inhaber der Eisernen Verdienstmedaille.  
Hermann Wosjek, Gollingen  
Bernhard Role, Werdohl

#### Das hann. Militärverdienstkreuz mit Schwertern erhielt der Kollege:

Ludwig Böhke, Krankenthal  
Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Eisernen Verdienstmedaille.

#### Das Militärverdienstkreuz erhielt der Kollege:

Wolfgang Parzefall, Stronking,  
Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse.

#### Die Silberne Tapferkeitsmedaille erhielt der Kollege:

Georg Straubing,  
Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Militärverdienstkreuzes 3. Klasse.

#### Das Kriegsverdienstkreuz erhielten die Kollegen:

Robert Glerx, Chemnitz, Gewerkschaftssek.  
Josef Drite, Darselstadt  
Anton Frank, Pforzheim.

Wir beglückwünschen diese Tapferen und hoffen, daß sie gesund in unsere Reihen zurückkehren.

### Die Kohlenversorgung.

Noch immer sind einzelne behördliche Stellen mit Erfolg bemüht, die öffentliche Verantwortlichkeit unbestimmt zu machen. In diesen Stellen gehört vor allen Dingen der Reichskommissar für die Kohlenversorgung, der nicht ohne Berechtigung als Reichskommissar gegen die Kohlenversorgung bezeichnet werden könnte. Im Sommer verpöchte man systematisch die günstige Gelegenheit zur Vorratsversorgung und ermöglichte es den wohlhabenden Hamstern, sich eine Meise zu schaffen, so daß die Rationalisierung des Hausbrandes wieder nur die trifft, die ohnehin unter der Kriegsnot am stärksten zu leiden haben. Und auch die geringen zugebilligten Mengen können vielfach nicht geliefert werden, weil die Eisenbahn gleichzeitig Kartoffeln und Kohlen befördern will und dieser Aufgabe neben der Bewältigung der militärischen Transporte natürlich nicht gewachsen ist. Wie verhängnisvoll die gar nicht wieder gut zu machenden Veräumnisse wirken, zeigt die Mitteilung der Beiliger Heilratten, die mehr als 1000 Sungenfranke beherbergen, daß sie wegen Kohlenmangel wahrscheinlich im Januar ihre Pforten schließen müssen. Eine im November ausgeprochene Bitte um ausreichende Kohlenversorgung fand die merkwürdige Erledigung, daß im Dezember weniger Kohlen als sonst zugelassen wurden. Alle verantwortlichen Stellen haben die Bedeutung der Befürsichtigung der

Sungenfranklose erkannt; der Reichskommissar für die Kohlenversorgung macht aber alle diese Arbeit zunächst, denn für die mehr als 1000 Insassen der Beiliger Heilratten ist die begonnene Behandlung so gut wie vergeblich gewesen, wenn sie jetzt zur Unterbrechung gezwungen und den unzulänglichen Ernährungsverhältnissen vor Vererbung der Winterkur ausgeliefert werden.

Unter Verwendung von reichlich viel Druckerzeugnisse wird den Verbrauchern alle Augenblicke erzählt, daß es gelungen sei, die Kohlenförderung zu steigern und die Friedensproduktion zu erreichen. Was helfen diese papierenen Versicherungen, wenn durch so harte Tatsachen die Mängel der Organisation bewiesen werden?

Auch sonst gibt es allerlei Ungereimtheiten in der Kohlenversorgung. Bekanntlich hat man sich noch immer nicht entschließen können, der offiziell gebilligten Benachteiligung der Verbraucher durch den Stückweisen Verkauf von Bricketts ein Ende zu machen. Man ist den Forderungen, die auch der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen immer wieder erhoben hat, ein ganz klein wenig entgegengekommen und hat die einem Zentner gleichzusetzende Stückzahl von 110 auf 114 erhöht. Wenn Antkeln nach soll damit aber auch eine Preisberührung verbunden werden, denn die Kohlenstücke in den Marken ist der Ansicht, daß nunmehr der Rentenpreis entsprechend der größeren Stückzahl geändert werden müsse. Die Verbraucher werden diese Logik nicht recht begreifen, sondern eher eine Preisherabsetzung für 100 Stück berechnen finden. Man geht doch aus von dem Rentenpreis für eine Gewichtseinheit, legt danach den Renten- oder Zentnerpreis für den Großhandel fest und endlich den für den Kleinhandel, indem man von einem normalen Verlust ausreicht (ca. 450 Gramm) und den Rentenpreis in einen Stückpreis umrechnet. Die amtlichen Rechnungen und Messungen, die einige Monate erhoben wurden und dann endlich ausgeführt zu neuen Erwägungen Veranlassung gaben. Deren Ergebnis die Bestimmung ist, „114 Bricketts = 1 Zentner“ haben ergeben, daß die Preisberührung im allgemeinen leichter sind als früher angenommen wurde. h. h. 100 Kohlen wiegen nicht soviel als man bei der Preisfestlegung angenommen hat, sie müssen also eigentlich billiger werden, aber nicht umgekehrt teurer.

### Der Sturm gegen das Koalitionsrecht.

Am Ende des letzten Jahres verhandelte der Generalsekretär des Verbandes kath. Arbeitervereine (Eich Berlin) einen Artikel an die Reichstagsabgeordneten, in welchem gegen die Aufhebung des Par. 153 der Reichsgewerbeordnung Stellung genommen wird. In diesem Artikel wird auch der gegenwärtige Reichstanzler angegriffen und ihm Vorhalt darüber gemacht, daß er die Hand dazu biete, die braven Berliner dem brutalsten Terrorismus der Streikgewerkschaften auszuliefern. Wörtlich wird gesagt: Wir vermögen nicht anzunehmen, daß sich der Kanzler in dem Wahne wiegt, als könnten die mit der Aufhebung des Par. 153 verbundenen Gefahren durch die Arbeitskammern wieder ausgeglichen werden. Im Gegenteil würde sich das Streiksystem nach der Befestigung von Par. 153 ungehemmt auswirken, so würde dadurch die Tätigkeit der Arbeitskammern erheblich beeinträchtigt.

Es sind Theorien, die der akademisch gebildete Generalsekretär hier zum Ausdruck bringt. Er möchte auch wissen, daß der neue Reichstanzler seit Jahrzehnten für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eingetreten ist und eine Reihe diesbezüglicher Anträge im Reichstag von ihm gestellt und auch begründet sind. Der persönliche Vorstoß gegen den Kanzler wird schon aus diesem Grunde seine Wirkung völlig verfehlen.

Er ist aber auch sachlich unbegründet. Der Par. 153 der Reichsgewerbeordnung verbietet bei Strafe die Nötigung zum Beitritt einer Koalition, welche die Erlangung einer besseren Lohn- und Arbeitsbedingung bezweckt. Aus dem Wortlaut geht klar und deutlich hervor, daß die Bestimmungen sich gegen die Arbeiter-Koalitionen richten, die Arbeitgeber-Koalitionen davon so gut wie unberührt bleiben. Durch die Rechtsprechung ist die Tendenz des Par. 153 noch verschärft worden; eine Tatsache, die der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. von Meierding bereits vor Jahren zugegeben hat. Im Interesse des sozialen Friedens, um einer alten Klage der christlich und nationalgekauften Arbeiterschaft die von München aus bereits im Jahre 1898 um die Aufhebung des Par. 153 petitioniert hat nachzukommen, muß dieser Paragraph endlich fallen.

Gegenüber dem Terrorismus roher Patrone reichen die Bestimmungen des Streikgesetzes vollständig aus. Der Widerstand, den die christlichen Gewerkschaften gewissen Streiksanftkern entgegengesetzt haben, hat diesen gezeigt, daß sie auf dem Wege des Streikismus ihr Ziel nicht erreichen können und sich mehr schaden als nützen. Daß bei Aufhebung des Par. 153 nun der Streikgedanke eine stärkere Aufnahme fände, ist eine durch nichts gerechtfertigte Annahme. Die Streiks haben schon vor Ausbruch des Krieges bedeutend abgenommen und die Gewerkschaften selbst sind es, die neuerdings wieder an den Reichstag das Ersuchen gerichtet haben, das Einigungsamt sei gesetzlich auszuheben; es solle ein Einigungsamt errichtet werden, das bereits vor Ausbruch eines Streiks in Tätigkeit treten und so Streiks verhindern kann. Die Annahme der Berliner fallen so in ein Nichts zusammen. Sie sind ein neuer Beweis dafür, wie wenig diese Richtung die soziale Bewegung der heutigen Zeit kennt und versteht.

### Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 13. Januar der 3. Monatsbeitrag für die Zeit vom 18.-19. Januar 1918 fällig.

#### Krankenterrückung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstufungen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Korrespondenz wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag des Meldens an gerechnet. Es liegt also im Interesse



